

Sächsische Zeitung

DIE TAGESZEITUNG FÜR NIESKY, ROTHENBURG UND DAS TEICHLAND. GEGRÜNDET 1946.

DIENSTAG, 19. OKTOBER 2021 SZN

1,60 EURO



Sächsisches Überraschungs-Ei

Das Grüne Gewölbe in Dresden hat nach 97 Jahren eines der Prunkstücke aus der Schatzkammer August des Starken zurückbekommen. ➤ *Feuilleton*



Kaiser packt aus

Wie der Schlagerstar im Leben immer wieder auf die Füße fällt. ➤ *Panorama*

Fotos: Michael Wagner/SKD, Frank Bauer/Heyne Verlag



Niesky

Mehr Corona-Tests wegen Ferien

Niesky. Corona-Tests sind seit gut einer Woche in der Regel nicht mehr kostenlos. Anbieter in Görlitz, Niesky und Löbau haben damit unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Während die einen einen Rückgang der Zahl der Testpersonen registrieren, bleibt sie anderswo stabil beziehungsweise steigt sogar.

Hintergrund für das letztere Phänomen ist offensichtlich die Ferienzeit. Wer sich nicht impfen lassen will beziehungsweise aus unterschiedlichen Gründen nicht geimpft werden kann und Reisen unternehmen oder Veranstaltungen mit den G-Regeln besuchen möchte, ist auf den Test angewiesen. Die Preise für die Tests liegen im Kreis Görlitz im Durchschnitt zwischen zehn und 15 Euro. Für Studenten hat die Hochschule Zittau/Görlitz ein gesondertes Angebot. (SZ)

➤ *Bericht – Seite 13*

Jetzt wird auch das Papier knapp

In der Corona-Pandemie ist weniger Altpapier angefallen. Buchverleger sorgen sich ums Weihnachtsgeschäft.

VON TIM RUBEN WEIMER

Dresden. Eine gestiegene Nachfrage nach Papier und Pappe könnte zu Engpässen in der Buchproduktion führen. Rund zwei Monate vor Weihnachten seien einzelne Titel bereits nur noch mit langen Wartezeiten zu erhalten, heißt es vom Landesverband des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Derzeit müssten Verleger Nachdrucke bereits vier bis fünf Monate im Voraus planen. Buchhändler hätten den Hinweis erhalten, auf Vorrat zu bestellen, um Engpässen vorzubeugen, hieß es vor dem Auftakt der Frankfurter Buchmesse. Im Laufe der Corona-Pandemie ist der Preis für Papier, Karton und Pappe stark ge-

stiegen. Im August stand er auf dem höchsten Wert der vergangenen sechs Jahre. Auch Zeitungsdruckpapier und grafisches Papier, das etwa für Broschüren und Magazine genutzt wird, sind davon betroffen.

Laut deutscher Papierindustrie ist während der Pandemie weniger Altpapier angefallen, weil etwa Werbeflyer für Veranstaltungen oder Rabattaktionen unnötig wurden. Das Altpapier fehle jetzt aber wiederum bei der Herstellung von bedruckbarem Papier. Die Sächsische Zeitung besteht beispielsweise zu 100 Prozent aus recyceltem Altpapier. Dazu kommt, dass Länder wie China, deren Konjunktur bereits früher wieder auflebte, große Mengen Altpapier importieren.

Die Produktion von grafischem Papier geht in Deutschland seit vielen Jahren kontinuierlich wegen sinkender Nachfrage zurück. 2020 wurde so wenig grafisches Papier produziert wie zuletzt 1990. Auch verstärkt durch die Corona-Lage sind viele Papierfabriken auf die Herstellung von Verpackungs-Kartonage gewechselt, etwa die im Mai verkaufte Sachsen-Papierfabrik in Eilenburg nordöstlich von Leipzig. Auf die plötzliche Papier-Nachfrage nach der Pandemie seien die Hersteller nicht vorbereitet gewesen, sagt Gregor Andreas Geiger vom Verband der Papierindustrie. „Die Verlage werden die gewünschten Auflagen nicht realisieren können.“ Eine Beruhigung des Papiermarkts erwarte er in den

nächsten drei bis vier Monaten. Auch auf den Zeitungsmarkt hat das Auswirkungen. Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger hält die drohende Unterversorgung mit Papier für höchst problematisch. Auch bei der DDV Druck GmbH in Dresden verknappen sich die Vorräte, erklärt Geschäftsführer Ralf Oberthür. Die Reserven sicherten aber das Erscheinen der Sächsischen Zeitung ab.

Im Buchhandel werden trotz gesteigerter Produktionskosten jedoch keine Preiserhöhungen erwartet. Der psychologische Effekt einer Preiserhöhung auf den Kunden sei für die Verlage eine große Hemmschwelle, erklärt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Weitere Maßnahmen an der Grenze zu Polen

Berlin/Pirna. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) plant weitere Maßnahmen, um den starken Anstieg unerlaubter Einreisen über die polnisch-deutsche Grenze zu stoppen. Die Bundesregierung wolle darüber in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch beraten, hieß es.

Die Bundesregierung und die Regierungen in Lettland, Litauen und Polen beschuldigen den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen. Lukaschenko sei

nichts anderes als der Chef eines staatlichen Schleuserrings, sagte Außenminister Heiko Maas (SPD). Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte, Vergleiche mit der Flüchtlingskrise 2015, als binnen weniger Monate über eine Million Asylbewerber ins Land kamen, seien unangebracht. „Wir sind ja in keiner Weise in einer Situation wie 2015, was mancher so anklingen lässt.“

Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, dringt derweil auf die Einführung temporärer Kontrollen an der Grenze zu Polen. Er begründet dies

auch mit der Gesundheitsgefährdung für die Bundespolizisten. Auch die sächsische CDU-Landtagsfraktion drängt auf temporäre Grenzkontrollen. „Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie immer mehr illegale Flüchtlinge ins Land kommen“, sagte Innenexperte Rico Anton.

Die Bundespolizei hat allein in der vergangenen Woche (11. bis 17. Oktober) an der polnischen Grenze 699 unerlaubt eingereiste Menschen in Gewahrsam genommen. Sie kamen vorrangig aus Irak, Syrien, Iran und Jemen. (dpa/abi) *Bericht ➤ Seite 4*

UNTERM STRICH



Zeichnung: Marian Kamensky

AUCH DAS GIBT'S

Zweijährige sperrt Mutter ein

Bingen. Das hätte schlimm ausgehen können: Eine Zweijährige hat in Bingen bei Mainz ihre Mutter in einem Zimmer eingesperrt, während in der Küche das Essen auf dem Herd kochte. Wie die Polizei am Montag mitteilte, rief die 22-jährige Mutter am Sonntag daraufhin am offenen Fenster nach Hilfe. Ein Spaziergänger sei darauf aufmerksam geworden und habe die Polizei alarmiert. Daraufhin rückte laut Polizeiangaben die Feuerwehr an, öffnete die Türen und konnte die Mutter, ihren Säugling und die zweijährige Tochter aus der leicht verrauchten Wohnung befreien. Die Familie wurde nach einer Erstversorgung zur Beobachtung in ein Krankenhaus gebracht. Bis auf das aufgebrochene Haustürschloss ist laut Polizei kein weiterer Schaden in der Wohnung entstanden. (dpa)

KOMMENTAR

Nach Schäuble sollte eine Frau kommen



GEORG ISMAR
über die Nachfolge des Bundestagspräsidenten

Es dient der Gleichberechtigung von Frauen nicht, wenn allein das Geschlecht bei der Besetzung des zweit-höchsten Staatsamts entscheidet, darüber also, wer Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nachfolgt. Dabei spielt auch Kompetenz eine Rolle.

Der beste und würdigste Nachfolger für Schäuble wäre der SPD-Politiker Thomas Oppermann gewesen, der viel zu früh gestorben ist. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich wäre mit fast 20 Jahren Parlamentsenerfahrung sicher keine schlechte Wahl, aber eine zwangsläufige Option ist er auch nicht. Es wäre von daher nur logisch, das Amt – nach Annemarie Renger und Rita Süssmuth auch erst zum dritten Mal – mit einer Frau zu besetzen.

Wenn Kanzlerkandidat Olaf Scholz es ernst meint mit seinem Versprechen „Frauen gehört die Hälfte die Macht“, darf er das nicht nur auf die SPD-Kabinettsposten beziehen. Dass er und die SPD-Spitze die Schäuble-Nachfolge-Debatte bereits tagelang laufen lassen, passt nicht zum bisher professionellen Vorgehen. Der Partei-Co-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans hat gar den Eindruck erweckt, es sei kein Problem, wenn drei Männer auf SPD-Ticket die höchsten Staatsämter bekleiden. Zur Erinnerung: Frank-Walter Steinmeier will als Bundespräsident wiedergewählt werden. In der protokollarischen Reihenfolge kommt danach das Amt des Bundestagspräsidenten, dann der Kanzler. Dieses Amt will Scholz besetzen. Zudem sind auch der Bundesratspräsident und Bundesverfassungsgerichtspräsident derzeit Männer.

Natürlich wird der Drei-Männer-Plan scheitern, und das könnte Steinmeier als Opfer haben. Dabei sollte die SPD gerade diesen bei den Bürgern angesehenen Bundespräsidenten im Amt zu halten versuchen. Daher sollte als Lösung des Dilemmas eine Frau an die Bundestagsspitze gewählt werden. Wenn sich bei der SPD keine Kandidatin aufdrängt, sollte das Amt den Grünen als zweitstärkster Kraft im geplanten Bündnis überlassen werden. Mit Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt und der Parlamentarischen Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann gibt es respektierte Persönlichkeiten, denen das schwierige Amt zuzutrauen ist.

mail sz.politik@sachsische.de



Wir sind für Sie da! So erreichen Sie die Sächsische Zeitung

Der **Abonnentenservice** hilft bei allen Fragen rund um die Zustellung: Telefon 0351 48642107

Die **Redaktion** freut sich über Ihre Anregungen, Tipps, aber auch Kritik: Telefon 0351 48642273

Das **Anzeigenteam** nimmt Ihre privaten Kleinanzeigen entgegen: Telefon 0351 840444

*Die Sächsische Zeitung

ist ein Produkt der

DDV MEDIENGRUPPE